

Klima und Energie: die EU und ihre Ziele



Bild: Nino Fehmarn (Username Exsists auf Flickr)

Die EU hat sich für das Jahr 2020 konkrete Ziele gesetzt. Werden die Klimamaßnahmen zu einem nachhaltigen Wachstum Beiträge leisten...?

Die EU-Staats- und Regierungschef haben sich im Jahre 2007 auf konkrete Klimaziele geeinigt und im Jahre 2009 wurden nötige Rechtsvorschriften erlassen, die dazu beitragen sollen, die Ziele bis 2020 zu erreichen. Es handelt sich um Vorschriften, um intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zu sichern. Es werden Maßnahmen in den verschiedensten Bereichen ergriffen, um die Ziele zu erreichen. Deshalb hat sich die EU drei wichtige Vorsätze gesetzt:

- Senkung der Treibhausgasemissionen um 20 % (gegenüber dem Stand von 1990)
- 20 % der Energie in der EU aus erneuerbaren Quellen
- Verbesserung der Energieeffizienz um 20 %

Neben den oben genannten Hauptplan gibt es ein Paket an gemeinsamen Kernzielen der EU und der Mitgliedsstaaten. Diese werden durch eine Kombination vieler verschiedener Maßnahmen verfolgt. Für ganz Europa hat der Europäische Rat für das Jahr 2020 fünf Kernziele angesetzt, unter anderem die Folgenden:

- Beschäftigungsquote von 75% unter den 20- bis 64-Jährigen.
- Ein öffentliches und privates Investitionsvolumen für Forschung und Entwicklung von insgesamt 3% des Bruttoinland-

sprodukts.

- Die Treibhausgasemissionen sollen um 20% verringert werden, der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch soll auf 20% steigen, eine Erhöhung der Energieeffizienz von etwa 20% soll angestrebt werden.

Das wichtigste Instrument der EU zur Senkung der Treibhausgasemissionen ist ganz klar das Emissionshandelssystem. Hiermit sollen besonders die Abgase von Großkraftwerken und großen Industrieanlagen, sowie dem Luftverkehr auf ein Minimum beschränkt werden. Die Branchen, die von dem hohen Treibhausgasausstoß betroffen sind sollen 2020 21% weniger Emissionen verursachen als im Jahr 2005.

Unter anderem unterstützt die EU die Entwicklung CO₂-armer Technologien. Beispiel hierfür wären das NER-300 - Programm zur Förderung von Technologien erneuerbarer Energieträger auf dem Gebiet der Speicherung. Ein weiteres Beispiel ist die Horizont 2020 – Finanzierung, die dazu

beitragen soll, die Forschung und Innovation zur Erreichung der Ziele voranzutreiben. Neben den Klimamaßnahmen sind die wirtschaftlichen – sozialen Pläne der EU ebenfalls von Bedeutung. Die Schulabbrecherquote soll unter 10% bleiben und mindestens 40% der 30- bis 34-Jährigen sollen ein Hochschulstudium oder gleichwertigem Abschluss absolviert haben. Außerdem sollen mindestens 20 Millionen Menschen vor dem Risiko der Armut oder der Ausgrenzung bewahrt werden.

Die Erfüllung der Ziele 2020 sollte auch Verbesserungen in Bereichen wie z.B. der Erhöhung der Energieversorgungssicherheit und des Schaffens neuer Arbeitsplätze sowie der Förderung eines umweltfreundlichen Wachstums sowie einer Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit.

Fraglich bleibt, ob die Zielsetzungen erreicht werden können. In der Theorie ist es denkbar, aber ist die EU auch in der Lage dies in der Praxis umzusetzen?

Impressum



Redaktion: (von links) Denise Rolle, Jessy Lau, Lukas Möller, Pascal Kruck, Georg Rogovits, Arne Käthner, Yulia Yarina, Zeynep Türkyilmaz, Kai de Swardt - Kraus

Chefredakteurin: Yulia Yarina

Layout & Design: Kai de Swardt - Kraus

Herausgeber: Junge Europäische Bewegung Berlin - Brandenburg

Druck: Matthias Winkelmann Copy House

SIMEP - Fotografen: Jan Steinhauer, Thomas Schmelzer

Alle weiteren Bilder dieser Ausgabe sind der Plattform flickr.com entnommen.

MOV SIMEP EDITION

DIE OFFIZIELLE ZEITUNG ZUR SIMEP 2015

Montag, den 9. November 2015

Glosse: Über das politische Mainstream des modernen Deutschlands

Egal ob TTIP, CETA, oder sonstwas, Hauptsache ein jeder zieht sich in sein eigenes politisches Lager zurück und verharrt dort, so festgefahren in seiner eigenen Meinung, die vielleicht aber gar nicht wirklich seine Eigene ist? Stellt sich nur die Frage, weshalb.



Bild: Jakob Huber/ECL (Stop TTIP auf Flickr)

Von Denise Rolle - Es gibt sowohl Vor- als auch Nachteile des TTIPs. Wieso also wehren sich die Ablehner von TTIP so stark dagegen, die Vorteile auch nur in Betracht zu ziehen, ja, sich gar über sie zu informieren? Und warum weigern sich die Befürworter, die möglichen Gefahren wahrzunehmen, oder sie überhaupt bemerken zu wollen? Wer kam da jemals auf die Idee, im Internet ein wenig Recherche zu betreiben, sich von beiden Seiten informieren zu lassen, mit Experten zu reden, die Ahnung von dem haben, womit sie sich jeden Tag befassen? Weshalb wehren sich die deutschen Bürger gegen TTIP? Deutschland, einer der größten Exportnationen der EU schlechthin, würde auf jeden Fall einen großen Profit aus dem Abkommen ziehen. Warum haben wir Angst vor Schiedsgerichten, ohne

die juristischen Hintergründe dieser Form zu kennen? Wieso beschwerten wir uns über eine gängige wirtschaftliche Praxis, die uns erst zu dem gemacht hat, was Deutschland jetzt ist? Betrachtet man es jedoch spiegelverkehrt: wieso ist einem Teil der deutschen Bevölkerung die Anbindung an Amerika wichtiger als das Wohlbefinden des eigenen Volkes? Wieso setzen sie Wirtschaft über Politik? Wie kann man den Konzernlobbyisten mehr Vertrauen schenken, als der eigenen Gesellschaft und zu welchem Preis? Schlechtere Standards in der Kosmetik, hin und wieder ein Chlorhuhn, oder auch ein Chlorthruhn zu Thanksgiving. Sind das wirklich die schlimmsten Konsequenzen, die wir aus TTIP ziehen? Doch sei es drum, dass man so gut wie bis gar kein Hintergrundwissen besitzt; sei es drum,

dass man sich gegen ein Abkommen wehrt oder es verteidigt, von dem man den Inhalt nicht kennt. Sei es drum: hauptsache, man schließt sich dem linken oder rechten Mainstream an. Hier mein Appell an die Gesellschaft, an alle Jugendliche, Erwachsene, und auch an die ältere Generation: Vielleicht sollten wir aufhören unsere soziale Zugehörigkeit oder Persönlichkeit dadurch zu definieren, dass wir uns einer bestimmten politischen Meinung anschließen, und diese blindlings bei jeder sich ergebenden Möglichkeit beharrlich propagieren. Vielleicht sollten wir stattdessen unsere wahre Verantwortung als Bürger akzeptieren und uns ausreichend informieren bevor wir auf irgendwelche Demonstrationen gehen, bei denen wir nicht wissen, wogegen oder worfür wir eigentlich protestieren.

TTIP und die Gesellschaft: Chancen und Gefahren

Chlorhühnchen und Genmais hin oder her – was steckt tatsächlich hinter den Meinungen der Befürworter und Kritiker von TTIP, dem Abkommen das seit November 2011 auf der Agenda der EU steht? Bedeutet es Wohlstand für alle, die Aushöhlung des Rechtsstaates oder irgendwas dazwischen...? Für welche Seite entscheidet sich ein EU Bürger, der noch keine gefestigte Meinung hat?



Bild: European Parliament auf Flickr

Von **Denise Rolle** - Das anstehende Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA hat viel Aufsehen erregt und zu vielen kontroversen Diskussionen geführt. So wie es scheint, sind die Regierungen und Konzerne für die Anwendung von TTIP, und der Rest; also die Bürger, dagegen. Zumindestens Berlin und seine Bürger scheinen sich im Großen und Ganzen einig zu sein. Am 12. Oktober 2015 fand in Berlin die größte Demonstration in Deutschland seit den Protesten gegen den Irak-Krieg 1991 statt. Über 250.000 Protestierende kamen in der Hauptstadt zusammen [waren aus allen Teilen der Republik angereist], um aktiv gegen TTIP zu kämpfen. Ist die Zivilgesellschaft tatsächlich in der Lage, dieses Abkommen durch ein gesellschaftliches Misstrauensvotum zu stürzen?

Das Motto der anti-TTIP Demo lautete „TTIP & CETA STOPPEN!?? – Für einen gerechten Welthandel!“ und der Bundesvorsitzendssprecher von Mehr Demokratie e. V. Michael Efler äußerte sich folgendermaßen: „TTIP und CETA sollen eine Parallelnorm schaffen und den ohnehin großen Einfluss von Konzern-Lobbyisten auf die Gesetzgebung weiter stärken. Die demokratiegefährdenden Abkommen werden an gewählten Abgeordneten und der Bevölkerung vorbei verhandelt und beschlossen.“ Dieses Statement gibt einen ehrlichen Einblick in die Welt derjenigen, die TTIP scheuen und als zügellosen Marktradikalismus bezeichnen. Die am häufigsten genannten Argumente bestehen aus Befürchtungen, dass die Schiedsgerichtsbarkeit für die Transparenz

und somit für die Demokratie eine große Gefahr darstellt. Der Grund dafür ist, dass die Verhandlungen hinter geschlossenen Türen, also nicht vor den Augen der Öffentlichkeit stattfinden. Auch das Recht für Unternehmen, Schadenersatzforderungen gegen Staaten zu erheben, wird angeprangert. Dieses Recht könnte auch staatliche Gesetze betreffen, die im Interesse des Gemeinwohls erlassen wurden, etwa zum Umwelt- und Verbraucherschutz. Gezahlt wird aus der Staatskasse – in anderen Worten, sind die Steuerzahler diejenigen, die für Fälle wie diese in die Tasche greifen müssen. Auch wird befürchtet, dass die hohen europäischen Lebensmittelstandards und der Verbraucherschutz bei Agrarprodukten, aber auch Kosmetika und Arzneimitteln geopfert werden, um die Standards anzugleichen. Zum Beispiel stehen auf der EU-Liste von verbotenen Substanzen in Kosmetika 1372 Substanzen. In der USA stehen auf dieser Liste hingegen nur 11 Stoffe. Vor allem vor genveränderten Organismen und hormonbehandeltem Fleisch schrecken die EU Bürger zurück.

Eine weitere Befürchtung der TTIP-Gegner betrifft den möglichen Einfluss von Lobbygruppen auf den Gesetzgebungsprozess. Dies alles sind Gründe, die gegen TTIP sprechen. Auf der anderen Seite stehen die Befürworter des TTIP-Handelsabkommens mit ebenfalls guten Argumenten.

Laut ihnen ist die Angst der TTIP-Gegner vor angeblichen Geheimgerichten unsinnig, da Schiedsgerichte in der Wirtschaft seit langem gängige Praxis sind. Auch die Ängste der Gegner, Umweltstandards würden unterwandert, seien unbegründet, da ein jetzt auszuhandelndes Abkommen frühere Gesetze nicht aufheben kann. Die Verhandlungen sind geheim, damit Firmengeheimnisse nicht an die Öffentlichkeit gelangen und die Firmen dadurch keinen Schaden nehmen. Oft wird übersehen, so die Befürworter, dass wir als EU Bürger Interesse daran haben, eine solche Vereinbarung mit den USA abzuschließen. Besonders auch Deutschland sei ein exportorientiertes Land dessen Firmen von den Verträgen profitieren könne – auch im Bereich des Investorenschutzes.

Die Gegenüberstellung zeigt, es gibt für beide Seiten gewichtige und überzeugende Argumente. Es bringt nichts, die Lage absolut schwarzweiß betrachten zu wollen. Man kann nicht immer davon ausgehen, dass es wie in einem klassischen Film die Guten und die Bösen gibt; das Richtige, und das Falsche. Bildlich gesprochen ist der ganze TTIP-Film in Grautönen, an manchen Stellen heller, an manchen dunkler. Welche Umrisse man besser erkennt als die anderen, welche einem mehr einleuchten, das hat schlussendlich jeder selbst zu entscheiden.

das er gezwungen ist seinen Standort in Deutschland auf höhere ökologische Standards aufzurüsten, da der Verschmutzungswert seiner Anlagen in Amerika toleriert wird, in Deutschland jedoch die maximal zugelassenen Werte übersteigt. Wenn Amerikanische Investoren nach Deutschem Recht enteignet werden, können sie sich auf das Investitionsschutzabkommen berufen. Nun gibt es aber auch noch die Möglichkeit ein Schiedsgericht zu konsultieren um Recht zu bekommen oder seine Interessen durchzusetzen. Dadurch wird die Angelegenheit aber an der staatlichen Justiz vorbeigeregelt. Hier sehen viele Kritiker das Problem der Bevorzugung von ausländischen Investoren durch das System der Schiedsgerichtsbarkeit. Befürworter argumentieren hingegen mit der repräsentativen Sicherheit der Investoren die durch besagte Schiedsgerichte generiert wird. ausserdem blicken potentielle zukünftige Freihandelsabkommenpartner (z.B China, Arabische Welt) auf die Entscheidungen zum Thema Schiedsgerichte in TTIP. Man glaubt das die Kooperation von China eine funktionierende deutsche Schiedsgerichts-Politik voraus setzt. Es gibt allerdings auch Vorschläge für eine alternative: Ein „neues, modernisiertes System von Investitionsschutzgerichten“ (Nach EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström, Zeit Online). Dieses würde aus einem Berufungsgericht, also einem übergeordneten Gericht zur Entscheidung gegen urteile nachgeordneter Gerichte, und einem Gericht erster Instanz bestehen. Durch diese Massnahmen will man vor allem gegen juristische Missbräuche und Klagewellen beziehungsweise klagefreudige firmen vorgehen. Dieser Gedanke einer neutraleren fortschrittlicheren Rechtsprechung findet auch bei der Bundesregierung Gehör und Anklang. Endgültige Entscheidungen über die Schiedsgerichte, Investorenschutz und andere fragen sind jedoch noch nicht

abzusehen da die Verhandlungen zu diesem Thema an das ende der TTIP Debatte verlegt wurde. Ob sich die kontroversen, Privaten Schiedsgerichte wirklich gegen ein Modernisiertes Gerichtssystem durchsetzen können bleibt nun abzuwarten. Diese Thema lässt auf alle fälle viel Raum für Spekulationen.

Von **Lukas Möller** - Die EU leistet sehr viel Entwicklungshilfe, wie z.B. das zur Verfügung stellen von Geld, jedoch ist oft fragwürdig ob diese Hilfe die betroffenen Länder überhaupt anregt sich selbst zu versorgen oder doch die wirtschaftlichen Interessen der EU an erster Stelle stehen. Oft wird die Entwicklungshilfe der EU kritisiert. Geschieht dies zu Recht? Beispielsweise hat sich die die EU im Jahr 2005 das Ziel gesetzt das Bruttonationaleinkommen welches jährlich für die Entwicklungshilfe genutzt wird auf 0,7% zu erhöhen. Anfangs lief das auch ganz gut, da die Werte von 2013 (0,37%) auf 0.41% im Jahr 2014 gestiegen sind. Von 2014 auf 2015 jedoch wurde das Ziel von 0.7% nicht erreicht. Dies löste natürlich eine Kritikwelle an der Entwicklungshilfe der EU aus. Ein anderes Beispiel wäre die Flüchtlingskrise. Stellen sie sich vor sie leben in einer 40.000-Einwohner-Stadt, diese möchte nun 3 Flüchtlinge aufnehmen und sofort

bricht ein Streit darüber aus wo diese vier Flüchtlinge untergebracht werden und wie diese in der Stadt verteilt werden. Eine ähnliche Situation herrscht momentan in der EU, nur in anderen Maßstab. Die EU hat in diesem Jahr etwa 40.000 Flüchtlinge aufgenommen. Diese stellen unter den ca. 507 Millionen EU-Bürgern gerade mal einen aus Zehntausend dar. Trotz dieser „geringen“ Anzahl scheint die EU große Probleme zu haben, sich zu einigen die Flüchtlinge auf die Länder aufzuteilen und sie unterzubringen. Die ohnehin schon wirtschaftlich schwachen Länder wie Griechenland und Rumänien werden durch die Flüchtlinge an sozialwirtschaftliche Grenzen getrieben während die anderen Länder im Vergleich zur Einwohnerzahl viel weniger aufnehmen. Ob die EU Länder alle an einem Strang ziehen ist fragwürdig, da verschiedene Mitgliedsstaaten oft sehr unterschiedliche Meinungen zu Themen wie Flüchtlingen haben.



Bild: Mike McHolm, (Mike McHolm auf Flickr)

Schlafende Entwicklungshilfe der EU

Die EU ist der größte Geber von Entwicklungsunterstützung weltweit. Aber sind die oft hochgesteckten Ziele überhaupt realistisch?

Kurz-Portrait zu Wolfgang Schäuble

Von **Georg Rogovits** Morgen besucht der derzeitige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble die "Simulation Europäisches Parlament" im Abgeordnetenhaus. Doch wer ist dieser Mann überhaupt? Was sollte man über ihn wissen? Zunächst einmal ist er das älteste Mitglied des Bundestages in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Dies zeugt wohl von Qualität. Herr Schäuble zählt zu der Fraktion der CDU. Charakteristisch für ihn ist außerdem seine Befürwortung der Europäischen Union. Zurzeit wird die EU durch Krisen wie in Griechenland erschüttert. Man spricht von einem Auseinanderbrechen der Union und einem schwachen Euro. Schäuble vertritt hier die Meinung, dass man schwache Mitgliedsstaaten unterstützen muss um ein starkes Europa zu gewährleisten. Auch der Entwicklungshilfe steht er positiv gegenüber. Laut Schäuble sei es notwendig, das ODA in Zukunft spürbar anzuheben damit Deutschland "seinen Internationalen Verpflichtungen gerecht werde".

Die Grünen

Wir, die Grünen sind strikt gegen TTIP, weil hierdurch eindeutig die Demokratie eingeschränkt wird und sehr viele mögliche Vorteile genommen werden. Außerdem glauben wir, dass die Arbeitslosenzahl steigen oder zumindest gleich bleiben würde, aber eine Minderung ist so nicht in Sicht. Bei der Entwicklungszusammenarbeit muss definitiv die ganze EU an einem Strang ziehen und alle müssen dabei sein, besonders beim Thema Flüchtlinge. Wir glauben an ein gemeinsames Europa! Bezüglich der Klimaziele finden wir, dass sich an das Kyoto Protokoll gehalten werden sollen. Außerdem sollten 100.000.000€ auf alle EU Mitgliedsstaaten verteilt und verwendet werden, um die EU Klimaziele zu erreichen.

Die Grünen

Wir, die Grünen sind strikt gegen TTIP, weil hierdurch eindeutig die Demokratie eingeschränkt wird und sehr viele mögliche Vorteile genommen werden. Außerdem glauben wir, dass die Arbeitslosenzahl steigen oder zumindest gleich bleiben würde, aber eine Minderung ist so nicht in Sicht. Bei der Entwicklungszusammenarbeit muss definitiv die ganze EU an einem Strang ziehen und alle müssen dabei sein, besonders beim Thema Flüchtlinge. Wir glauben an ein gemeinsames Europa! Bezüglich der Klimaziele finden wir, dass sich an das Kyoto Protokoll gehalten werden sollen. Außerdem sollten 100.000.000€ auf alle EU Mitgliedsstaaten verteilt und verwendet werden, um die EU Klimaziele zu erreichen.

MEINUNGSSPIEGEL

Die Stellung der Fraktionen zu den Themen



Foto: Team SIMEP

EVP

Wir, die EVP, sind der Meinung dass das Fälligkeitsdatum unserer Ziele, die Energieeffizienz in der EU langfristig zu steigern und Schritt für Schritt auf erneuerbare Energien umzusteigen, verlängert werden muss. Vor allem fossile Brennstoffe werden beschleunigt abgebaut werden müssen.

Im Allgemeinen sehen wir das Handelsabkommen sehr positiv. Der daraus steigende Wettbewerb wird für einen größeren Wohlstand sorgen, und auch die Qualität der Produkte und Dienstleistungen für die Verbraucher steigern. Jedoch sehen wir die Privatisierung z. B. von Dem Gesundheitswesen sehr kritisch, und zudem bevorzugen wir, dass wir solche Entscheidungen selber treffen, und nicht über die EU reguliert werden.

Wir denken zudem, dass die Entwicklungszusammenarbeit momentan extrem wichtig ist und es künftig auch weiterhin sein wird, da sie die Grundpfeiler der Gesellschaft bildet. Gerade in Zeiten der Flüchtlingskrise muss es beständig weitergefördert werden, um des weiteren auch die Regulierung und Koordination der Flüchtlinge zu unterstützen, und nebenbei die Humanität zu bewahren.

KVEL/NGL

Wir, die KVEL/NGL möchten den 2. Artikel ändern: Wir möchten die Energieeffizienz auf mind. 50% bis 2030 und die erneuerbaren Energie auf 50% bis 2050 steigern und die Treibhausemissionen von 40% auf 50% bis 2030 verringern. Bezüglich der Sanktion möchten wir das Geld für die Klimaschutzreform um 5% kürzen, wenn ein Land wiederholt gegen die Vorschriften verstößt. Zum Thema Finanzierung, haben wir vor, die öffentliche und private Finanzquellen zu steigern, dabei sollen wir mindestens 100Mrd\$ pro Jahr erhalten, plus eine Finanztransaktionssteuer von ca. 0,5% einführen. Grundsätzlich haben wir nichts gegen das TTIP aber dieses Mal lehnen wir es ab, wegen der Formulierung. Wir fordern mehr Transparenz. Schade ist, dass die nationalen Gesetze durch firmenpolitische Interessen unterwandert werden können und wir sehen die Souveränität in Gefahr.

In der Entwicklungshilfe, unterstützen wir die Solidarität, die Vielfalt und die Hilfe. In erster Linie ist uns wichtig, dass wir jeden Staat, der Hilfe benötigt, helfen. Beispielsweise würden wir bei der Flüchtlingskrise lieber vor Ort Hilfe leisten, so dass es den Heimischen nicht mal in den Sinn kommt zu fliehen.

EFDD

Wir, die EFDD sehen bei dem TTIP viele Probleme. Unserer Meinung nach ist das Verfahren sehr demokratiefremd und eine positive Abstimmung FÜR das TTIP kommt nicht in Frage, da dies einem Volksvertreter nahe kommen würde. Die Methoden des TTIPs sind schlicht und einfach nicht gut! Bei der Entwicklungszusammenarbeit sehen wir das so: die Staaten brauchen eine Chance zur Entwicklung also sozusagen 'Platz zum Atmen'. Wir sind der Meinung, Europa sollte nicht alleine regieren. Außerdem sollten wir den lokalen Problemen mehr Aufmerksamkeit schenken, d.h. mindestens genau so viel Augenmerk darauf haben. Zum Beispiel sollten wir erst einmal versuchen, die Armut in Europa zu bekämpfen und uns sekundär mit Afrika beschäftigen. Wir sind deutlich für einen intensiven nationalen Kampf gegen Klimaveränderungen durch individuelle Förderungen und Subventionen. Es ist notwendig, auch die Industrie einzubeziehen und auch gegen bereits entstandene Klimaschäden anzukämpfen.

Kurz - Portrait zu Martin Schulz

Von **Zeynep Türkyilmaz** Martin Schulz ist am 20. Dezember 1955 in Hehlrath, einer Kleinstadt mit 1285 Einwohnern geboren. Heute ist er der Präsident des Europäischen Parlaments und Mitglied der S & D Fraktion. Wenn man in seine Vergangenheit zurückblickt wird deutlich, dass er nicht den typischen Lebenslauf eines EU-Parlamentariers vorweisen kann. Er ist mit der mittleren Reife von der Schule abgegangen, wollte Profifußballer werden, zog sich eine Sportverletzung zu und der Traum war vorbei. Doch raffte sich Schulz auf und machte eine kaufmännische Ausbildung als Buchhändler. Der Beitritt bei den JUSOS mit 19 Jahren legte den Grundstein für seine heutige politische Karriere. Er setzt sich für die Anerkennung und eine größeres Mitspracherecht des europäischen Parlaments ein und das auch in Krisenzeiten. Denn Schulz betont: „Durch uns erhalten Entscheidungen der EU ihre demokratische Legitimation“. In Sachen TTIP spricht sich Schulz gegen private Schiedsgerichte. Zudem sieht er in der fehlenden Transparenz während der Verhandlungen rund um das Abkommen einen großen Fehler, denn so hätte man Sorgen besprechen können und auch die positiven Aspekte des Abkommens näher beleuchten können.

Freihandel in der Theorie

Nun steht es fest: Das Freihandelsabkommen wird dieses Jahr nicht mehr unterzeichnet. Welche Folgen werden merkbar, und warum zögern die Parteien?



Bild: Tim Kwee, (pegazuz66 auf Flickr)

Von **Pascal Kruck** - Seit Juli 2013 verhandelt die EU mit den USA über die "Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft" (TTIP). Durch den Wegfall von Zöllen und anderen Handelshindernissen soll es auf beiden Seiten des Atlantiks mehr Wirtschaftswachstum geben. Mit 800 Millionen Verbrauchern würde der weltgrößte Wirtschaftsraum entstehen. Die EU und die USA sind die weltweit am stärksten miteinander vernetzten Wirtschaftsregionen. Mit nur etwa 10 Prozent der Weltbevölkerung erwirtschaften sie fast 50 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukt und bewirtschaften 30 Prozent des Welthandels. Noch mehr als der reine Handel tragen gegenseitige Investitionen zur Vernetzung der Volkswirtschaften bei. Die gegenseitigen Investitionen belaufen sich auf ca. 2,8 Billionen Euro. Aufgrund dieser bereits bestehenden immensen Verflechtung und dem Ziel der weiteren Intensivierung, wurde auf dem EU-US Gipfeltreffen vom 28. November 2011 eine Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Strategien zur Steigerung des Handels zwischen EU und USA eingesetzt. Diese legte im Februar 2013 ihren

Abschlussbericht vor, in dem sie die Aufnahme von Verhandlungen für ein gemeinsames Freihandelsabkommen empfahl. Am 07. Juli 2013 begannen die Verhandlungen mit der ersten Verhandlungsrunde in Washington. Seitdem finden die Treffen der Verhandlungsführer in regelmäßigen Abständen in Brüssel oder den USA statt. Auf der zehnten und bisher letzten Verhandlungsrunde vom 13.-17. Juli in Brüssel wurden laut Kommission gute Fortschritte gemacht. Das ursprüngliche Ziel war es, die Verhandlungen bis Ende 2015 abzuschließen. Dies erscheint nach dem derzeitigen Verhandlungsstand jedoch nicht mehr zu erwarten zu sein. Jedoch wird öffentliche Kritik laut. Verbraucherschützer sprechen von geheimen Verhandlungen zwischen Brüssel und Washington und kritisieren geplante Schutzklauseln für Konzerne. Außerdem mussten Anhänger der Wirtschaftslobby kürzlich einräumen, dass sie bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit für TTIP mit zu positiven Zahlen geworben haben. Die EU will die Gespräche bis Ende 2015 abschließen - damit TTIP endgültig unter Dach und Fach ist.

TTIP und private Rechtssprechung - kann das funktionieren?

Ist es sinnvoll, dem Staat die Justiz aus der Hand zu nehmen, um ausländische Investoren abzusichern? Finden sich diesbezüglich auch andere Lösungen?

Ein heiß diskutiertes Thema in der letzten Zeit ist das Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantische Handels-, und Investitionspartnerschaft), sowie die damit verbundene wirtschaftliche Partnerschaft zwischen den USA und der Europäischen Union. Diese Diskussion lässt sich in zahlreiche Unterthemen aufspalten. Von Handelshemmnissen über Chlorhühnchen bis hin zu der Frage, ob es sinnvoll ist, Schiedsgerichte zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen den ausländischen Investoren und dem Staat einzuführen.

Unter einem Schiedsgericht versteht man ein nicht staatliches juristisches Mittel, um Streitigkeiten zwischen zwei Parteien zu schlichten. Ein Schiedsgericht kann ein Urteil, einen sogenannten Schiedsspruch aussprechen. Dieser ist meistens staatlich anerkannt und für beide Seiten bindend. Das System der Schiedsgerichtbarkeit ist für TTIP vorgesehen. Es soll vor allem dem Investorenschutz dienen.

Aber warum müssen Investoren geschützt werden? Ein Geschäftsmann aus den Vereinigten Staaten von Amerika, beispielsweise der Besitzer einer Wäschereikette, der in Deutschland investieren will unterliegt nun der Deutschen Gesetzgebung. Diese unterscheidet sich in einigen Punkten von der Amerikanischen. Weiter auf Seite 7.

(Weiter von Seite 6) So kann es sein



Ich bin **Claire Bogdanski**, und bin Abgeordnete der SMD. Da ich mich mega für die Politik interessiere, habe ich mich dieses Jahr entschieden an der SIMEP teilzunehmen. Auch sonst beteilige ich mich politisch, da ich Mitglied im Jugendparlament der SPD bin. Eigentlich habe ich mich mit recht niedrigen Erwartungen bei der SIMEP angemeldet, doch wurde ich positiv überrascht. Die SIMEP ist eine recht anspruchsvolle Veranstaltung, die auch einiges an Vorwissen voraussetzt, und Schüler nicht nur politisch aufklärt. Auch inhaltlich werden viele und vor allem wichtige Themen vermittelt. Für die Europäische Union wünsche ich mir weiterhin mehr Transparenz.



Hey, hier ist **Henri Terlit**, 17 Jahre jung und ich komme aus Frankfurt. Während der SIMEP bin ich ein S&D Abgeordneter aus Spanien. Letztes Jahr habe ich schon mal teilgenommen und ich fand das richtig cool, da dachte ich mir: „Warum nicht nochmal?“. Zuerst musste ich viel zuhören, aber nach ein bisschen Rumgelaber fand ich es sehr interessant. Ich finde es mega, das wir hier auch Politiker treffen. Von der EU erhoffe ich mir, dass sie mehr zusammenarbeiten und nicht so viel von einzelnen Staaten ausgeht. Aber auch wir Menschen müssen lernen, die Vorteile der EU zu sehen.

Faces of SIMEP

Im Smalltalk mit den Abgeordnete



„Mein Name ist **Sebastian Sieg** und ich bin ein polnischer Sozialdemokrat der S&D. Ich finde die Arbeit zum Thema Europa wirklich interessant, ich besuche auch eine Europa-Schule. Durch sie bin ich auf die SIMEP aufmerksam geworden. Es ist wirklich mega cool in die Rolle eines Abgeordneten zu schlüpfen und behandelt zu werden, wie ein echter Abgeordneter. Meine Erwartungen an die SIMEP wurden nicht nur erfüllt sondern sogar übertroffen. Es ist noch besser als ich erwartet hatte. Wenn es möglich wäre, dass ich etwas an Europa verändern dürfte, wäre an erster Stelle den Gemeinschaftsgedanken zu stärken. Halt das nicht jeder nach seiner Herkunft beurteilt wird. Außerdem würde ich versuchen, das Flüchtlingsproblem zu lösen. Dann wäre mir das ehrlich gesagt auch egal wenn die in der Schulsporthalle schlafen und wir mal kein Sport haben, aber es ist doch wirklich alles besser, als jeden Tag Krieg zu sehen.“



Ich bin **Tim Hartmann**, und bin 18 Jahre alt. Auf der SIMEP bin ich ein Französischer Abgeordneter der EVP. Ich bin auf der SIMEP, da ich Politik schon immer für sehr spannend und interessant gehalten habe. Die SIMEP 2015 hat meine Erwartungen voll und ganz erfüllt. Arbeit eines Abgeordneten wird auf der SIMEP verdeutlicht. Vor allem die Parteisatzungen finde ich sehr interessant und informativ. Für die Pläne der Europäischen Union wünsche ich mir primär mehr Nähe.



Mein Name ist **Dominik Zahs**, ein Abgeordneter der EVP. Ich bin 16 Jahre alt, besuche zur Zeit die Gymnasiale Oberstufe und mache mein Abitur. Ich nehme dieses Jahr zum zweiten Mal an der SIMEP teil da mir das erste so gut gefallen hat. Am besten finde ich die Besprechungen und Abstimmungen im Plenarsaal mit allen Abgeordneten. Letztes Jahr wurde ich durch die Schule auf die SIMEP aufmerksam und es klang sehr interessant. Es ist wirklich mal was ganz anderes, das Ganze aus der Perspektive eines Abgeordneten zu sehen und einen kleinen Einblick in das Leben eines Abgeordneten zu bekommen. Wenn ich persönlich an Europa etwas verändern könnte, wäre es auf jeden Fall, dass sich mehr Länder an der Flüchtlingskrise beteiligen und helfen. Ich glaube ich würde sofort alle Flüchtlinge aufnehmen!



Moin moin, ich bin die **Jola Drews** und ebenfalls 17 Jahre jung und komme aus Schleswig-Holstein. Während der SIMEP bin ich ein EKR Abgeordneter. Ich wurde durch meine Freundin auf die SIMEP aufmerksam und da ich sowieso politisch sehr engagiert bin, habe ich die Gelegenheit sofort ausgenutzt und bin nun hier. Mich interessiert es sehr, wie die Jugendlichen heutzutage mit Politik umgehen. Ich wünsche mir, dass die EU mehr auf Toleranz eingeht, z.B. sehe ich die Flüchtlingsaufnahme von der humanen Seite, weil wir Menschen uns gegenseitig helfen sollten aber die rechten Parteien sehen die Aufnahme aus der wirtschaftlichen Perspektive und das finde ich ein wenig schade.